

URL: http://www.wdr.de/themen/politik/landtagswahl_2010/wohlfahrtsverbaende_zur_wahl/100325_interview.jhtml?rubrikenstyle=politik

Wohlfahrtsverbände fordern klare Ansagen von den Parteien NRW sozial: 40 Fragen an Politiker

"Wenn Sie Regierungspartei wären ..." - 40 Fragen rund um den Sozialstaat haben Wohlfahrtsverbände an die fünf größten Parteien in NRW gestellt. Es geht um Kinderbetreuung, Integration, Frauenrechte und vieles mehr. Jetzt liegen die Antworten vor.

Die Wohlfahrtsverbände in NRW sind in Sorge: Aufgrund der "katastrophalen Haushaltssituation der öffentlichen Hände", so meldet die Freie Wohlfahrtspflege, drohe der sozialen Infrastruktur im Land ein massiver Abbau. Sechs Wochen vor der Landtagswahl in NRW fordern die Verbände nun klare Ansagen von der Politik. 40 Fragen zu sozialen Themen haben sie den fünf Parteien, die vermutlich in den Landtag einziehen werden, gestellt - mit der Bitte um Antworten. Die ließen zum Teil auf sich warten, sind nun aber online nachzulesen. Andreas Meiwes, Vorsitzender der Freien Wohlfahrtspflege NRW und Direktor der Caritas in NRW, gibt seine Eindrücke wieder.



Andreas Meiwes

WDR.de: Sie sagen, die Wohlfahrtsverbände in NRW kennen die Sorgen und Nöte der Menschen und wissen, "wo der Schuh drückt". Wissen es die Politiker auch?

Andreas Meiwes: Die Antworten sind zumindest sehr unterschiedlich. Frage 6 beispielsweise betrifft das Thema Familienzentren: Um dort die immer größere Nachfrage nach Familienberatung decken zu können, müsste dieser Bereich dringend ausgebaut werden. Dazu trifft die CDU gar keine Aussage, während die FDP konkret 50 zusätzliche Schwerpunktzentren in Brennpunktstandorten plant. Die Grünen planen eine Verdoppelung der Fördermittel für Familienzentren, zusätzliche Mittel sollen die Arbeit der Familienberatungsstellen absichern - das will auch die SPD. Sie plant die besondere Förderung von Familienzentren in sozial benachteiligten Quartieren. Die Linke will ein Jugendhilfenetzwerk in NRW aufbauen - dazu können wir nur sagen: Herrlich unkonkret, daraus kann man keinen Rückschluss auf politische Maßnahmen herleiten.

WDR.de: Haben Sie den Eindruck, dass sich die Parteien ernsthaft mit Ihren Fragen beschäftigt haben?

Meiwes: Ich will niemandem etwas unterstellen, aber offensichtlich haben die Parteien für ihre Antworten teilweise auch programmatische Aussagen aus ihren Wahlprogrammen abgeschrieben oder eine geschickte Formulierung benutzt, um einfach den Status Quo zu beschreiben. Bei der Frage nach den Familienzentren erklären CDU und FDP im Wesentlichen den Ist-Zustand, während alle anderen Parteien hier die Notwendigkeit eines Ausbaus sehen. Dabei muss man beachten: Wir befinden uns im Wahlkampf - das ist die Zeit der plakativen Aussagen. Die Regierungsparteien versuchen, ihre Aussagen an der derzeitigen Praxis zu orientieren, während Oppositionsparteien natürlich bunte Forderungen aufstellen können. Wie es dann später, nach der Übernahme der Regierungsverantwortung aussieht, steht auf einem anderen Blatt.

WDR.de: Für Kindertagesbetreuung und Essen in Ganztagschulen zahlen Eltern in NRW von Stadt zu Stadt unterschiedliche Beiträge. Gerade in den sozial schwachen Städten wie

Gelsenkirchen sind diese Dienste besonders teuer. Was sagen die Parteien dazu?



Arme Kommunen "doppelt gekniffen"

Meiwes: Diese Situation führt ja dazu, dass in Kommunen wie Gelsenkirchen die sozialen Probleme besonders hart sind und sich die soziale Infrastruktur noch weiter verschlechtert. Diese Städte sind doppelt gekniffen, während Kommunen, denen es besser geht, obendrauf noch Leistungen bekommen. Konkrete Lösungsansätze hat da bisher keine Partei. Zwischen halbkonkrete Vorschlägen, das irgendwie im Kommunalfinanzausgleich zu regeln, bis zur Bundesbeteiligung ist das Spektrum groß.

WDR.de: Die Freie Wohlfahrtspflege NRW macht den Vorschlag, einen aus Landesmitteln gespeisten Fonds zu bilden, der ärmere Kommunen unterstützen kann. Sie stellten den Parteien die Frage, ob sie als Regierungspartei bereit wären, das zu tun. Die FDP antwortete darauf, dass im Haushalt 2010 eine gewisse Entlastung für finanzschwache Kommunen vorgesehen sei. Ihren Eigenanteil könnten die betroffenen Städte durch Spenden ersetzen. Auch die CDU schlägt vor, "einen Dritten" den Eigenanteil der Kommune zahlen zu lassen. Ist das sinnvoll?

Meiwes: Wer soll denn dieser "Dritte" sein? Wenn damit EU-Mittel gemeint sind, kann ich nur herzlich lachen. Denn dafür müssen Kommunen ebenfalls einen Eigenanteil leisten. Kommunen unter Haushaltssicherung ist das aber untersagt, daher können sie gar keine Fördermittel in Anspruch nehmen. Der Verweis auf den edlen Spender hilft auch nicht weiter, weil Spenden nun mal freiwillig sind. Sie können heute kommen, morgen aber ausbleiben. Man kann eine soziale Infrastruktur nicht auf Spenden aufbauen. Dazu braucht es verlässlichere Rahmenbedingungen. Solch ein Vorschlag ist nicht tragfähig.

WDR.de: An anderer Stelle weisen Sie darauf hin, dass die Wirtschaftskrise nur deshalb bisher nicht zu größeren sozialen Notständen hierzulande geführt hat, weil es - noch - ein dichtes soziales Netz gibt. Wie sehr trägt die Politik dazu bei?

Meiwes: Wir beobachten ja die Vorbereitung der neuen Haushalte in den Kommunen, wir sehen die Kassenlage der einzelnen. Nach den Wahlen, so befürchten wir, werden die großen Sparmaßnahmen angekündigt. Und gespart wird seit vielen Jahren stetig im sozialen Bereich, da wird alles zusammengestrichen, was man zusammenstreichen kann. Wir müssen auf die Parteien zählen. Aber: Der Weg, soziale Infrastruktur zu privatisieren und den Spender verantwortlich zu machen, das kann es nicht sein. Diese Entwicklung sehen wir auch bei Einrichtungen wie den Tafeln und Kleiderkammern sehr kritisch. Einerseits sind diese aus privater Initiative entstanden und notwendig, andererseits darf solches gesellschaftliches Engagement nicht dazu führen, dass eine vernünftige Sozialpolitik überflüssig wird.



Im sozialen Bereich wird gespart

WDR.de: Die Freie Wohlfahrtspflege NRW warnte bereits davor, dass das Ehrenamt zunehmend "in eine unentgeltliche, leicht zu steuernde personelle Ressource umfunktioniert" werde, mit der dem weiteren Abbau des Sozialstaates Vorschub geleistet werde. Hat sich diese Einschätzung durch die 40 Antworten der Parteien bestätigt?

Meiwes: Ehrenamtliches Engagement ist für jede Gesellschaft unverzichtbar. Aber es kann nicht zum Ersatz für staatliche Daseinsfürsorge werden. Wir haben schon mitunter den Eindruck, dass Politik das ehrenamtliche Engagement gerne dazu nützen würde, staatliche Leistungen einzustellen. Es gibt viele Bereiche, wo bürgerschaftliches Engagement noch ausgebaut werden muss, besonders da, wo es um persönliche Beziehungen geht. Aber das kann immer nur zusätzlich sein, es kann keine soziale Infrastruktur ersetzen. Denn ein

Ehrenamtlicher kann morgen sein Engagement einstellen. Bestimmte Leistungen kann man nur mit Ausbildung, mit einer bestimmten Qualifikation erbringen. In einem Krankenhaus wird auch niemals ehrenamtlich operiert.

WDR.de: Werden Sie die entsprechenden Parteien nach der Wahl an Ihre 40 Antworten erinnern?

Meiwes: Das werden wir tun. Wenn die neue Regierung nach der Landtagswahl ihre Regierungserklärung abgibt, werden wir die daraufhin abklopfen, was uns in den 40 Antworten angekündigt wurde. Wir werden in den nächsten fünf Jahren die zukünftige Regierungspartei darauf festnageln, was sie uns vor der Wahl versprochen hat.

Das Gespräch führte Nina Magoley.

Stand: 26.03.2010, 02:00 Uhr

Diese Seite speichern oder weiterempfehlen

► Hilfe



externer Link: "NRW bleib sozial" - 40 Fragen und die Antworten der Parteien
[<http://www.nrw-bleib-sozial.de/index.php/sID/b4547b3c399e52cd0b97a3ff01795dd3/lan/de>]

Kandidaten-Check

externer Link: Wie denkt Ihr Volksvertreter?
[<http://www.kandidatencheck-nrw.de/index.php?key=3c912a1f00fa057004079ac924d29882>]

Mehr zum Thema

WDR: Beiträge zur Landtagswahl 2010
[http://www.wdr.de/themen/homepages/landtagswahl_2010.jhtml?rubrikenstyle=landtagswahl_2010]

WDR: Audios und Videos zur Landtagswahl 2010
[http://www.wdr.de/mediathek/html/regional/suche/index.xml?anzahlTreffer=96&offset=0&suche_submit=Suche+starten&wsSucheAusgabe=liste&wsSucheSuchart=volltext&wsSucheBegriff=landtagswahl&wsSucheMedium=av&rankingvisible=newest]

externer Link: Freie Wohlfahrtspflege NRW
[<http://www.freiewohlfahrtspflege-nrw.de/>]

© WDR 2010